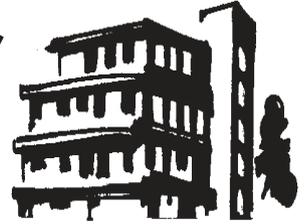




Unser Weg



46. Jahrgang

Nr. 371 - Sept./Okt. 2020

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

2 DKP-Initiativen zu Wohnungsfragen

4 "Querdenken" gegen Corona-Maßnahmen

6 Düsenjäger über Ueberau

7 Kommunalwahl - ein Ausblick

Abschied von den Sozialwohnungen

„Druck auf Mieten“ titelte das Darmstädter Echo am 15. August. „Die Mieten herunter drücken“ – darum geht es in dem Artikel leider gerade nicht. Obwohl bezahlbarer Wohnraum heute so knapp ist wie noch nie. Wenn es nach dem Darmstädter Bauverein geht, wird er demnächst noch knapper, auch und gerade in Reinheim. Und die Mieten sollen und werden wohl noch stärker steigen.

Raus aus der „Sozialbindung“

Für insgesamt 611 vom sozialen Wohnungsbau geförderte Wohnungen im Landkreis Darmstadt-Dieburg möchte der Bauverein die Sozialbindung aufheben. Sozialbindung heißt: für die Höhe der Miete wird eine Obergrenze von z.B. knapp 6 EUR pro qm festgesetzt. Die Wohnung wird nur an Mieter mit geringerem Einkommen vergeben. Dafür haben das Land Hessen und die Kommune den Wohnungsbau mit Zuschüssen und Darlehen unterstützt.

Zugegeben: „Geld verdienen“ lässt sich dabei nicht unbedingt. Ist und war auch nicht Zweck der Förderung. Die Sozi-

alwohnungen haben keinen besonders hohen Standard, aber jedenfalls sind sie einigermaßen bezahlbar.

Noch mehr „Geld verdienen“ möchte aber anscheinend der Bauverein zukünftig. Die Zinsen sind heute so niedrig wie noch nie – da ist die Gelegenheit günstig, die Darlehen zurück zu zahlen, und dann mit einer höheren Miete Kasse zu machen. Wenn für eine Sozialwohnung das Darlehen vorzeitig zurück gezahlt wird, fällt sie aus der Sozialbindung heraus.

Druck auf die Mieter*innen

Das Darmstädter Echo weiß zu berichten, dass die Miete erst einmal nur langsam und in Maßen angehoben werden kann, wenn die Sozialbindung endet. Teurer wird es auf jeden Fall. Und dass die Mietverträge einfach weiter laufen werden, ist ja nur die halbe Wahrheit: Nach einem Mieterwechsel kann der Vermieter die Miete dann so hoch ansetzen, wie nach dem Mietspiegel zulässig. Der Bauverein wird also gerade durch Mieterwechsel ordentlich Kasse machen. Da ist „Kundentreue“ seitens der Mieter*innen dann nur noch lästig.

Sozialwohnungen in Reinheim

Die Rathausmehrheit von SPD/Grünen ist sich in Reinheim seit Jahren einig: sozialer Wohnungsbau soll hier zukünftig nicht mehr unterstützt werden, weil Reinheim in der Vergangenheit schon so viel getan hat.

Tatsächlich gibt es in Reinheim viel mehr Sozialwohnungen als in vielen anderen Kommunen im Landkreis. Und gerade deswegen steht Reinheim jetzt mit 130 bisherigen Sozialwohnungen durch den Ausstieg des Bauvereins besonders unter Druck.

Der Bauverein zahlt also sein Darlehen an die Stadt zurück. Nach den heutigen Regeln für die Förderung wäre das bei 10.000 EUR pro Wohneinheit deutlich mehr als 1 Mio. EUR. Auch wenn die Förderung inzwischen Jahrzehnte zurück liegt, dürften es immer noch einige 100.000 EUR sein. Die landen in der Stadtkasse und kosten am Ende Negativzinsen.

Für die DKP gibt es da nur eine Antwort: die Stadt muss beim sozialen Wohnungsbau wieder aktiv werden. Mindestens mit dem Geld, dass jetzt ungefragt zurück kommt.

Friedrich Kammer

www.dkp-reinheim.de

DKP-Initiativen zur

Vermiete doch an deine Stadt

Die DKP-Fraktion beantragte am 28. Sept. 2019, dass die in Viernheim praktizierte Vermietung von privatem Wohnraum durch die dortige Stadtverwaltung auch ein nachahmenswertes Beispiel für Reinheim sein könnte.

Dafür machte die DKP den Vorschlag, zuständige Vertreter der Stadt in den Ausschuss für Soziales-, Gesundheit-, Jugend-, Sport- und Kultur nach Reinheim zu holen. Am 13. August 2020 konnten im Ausschuss zwei Vertreter aus Viernheim begrüßt werden.

Gekommen waren der Leiter Amt für Soziales und ein Vertreter der Bauverwaltung und Liegenschaftsamt von Viernheim. Sie erläuterten, dass in der Bauverwaltung 13 Mitarbeiter tätig sind und in dem für soziales zuständigen Amt zehn Beschäftigte tätig sind, wovon einer für Vermietung verantwortlich ist.

Sie erläuterten drei notwendige Schritte:

1. Der Vermieter bietet die Wohnung an und es erfolgt eine Besichtigung. Dann wird ein Mietvertrag zwischen dem Eigentümer und der Stadt erstellt.

2. Danach werden Rahmenbedingungen festgelegt: Mietpreis, Einzugstermin, an wen soll vermietet werden?

Familie mit Kindern, Alleinstehende, ältere Menschen...

Ein geeigneter Mieter wird vorgeschlagen. Dafür hat die Stadt eine Liste von Wohnungssuchenden. Gemeinsam wählen Wohnungseigentümer und Sozialamt aus.

3. Ein Untermietvertrag wird abgeschlossen. Wenn notwendig werden Dolmetscher oder ein Integrationslotse dazu gebeten. Das Sozialamt kümmert sich um die Mietkostenübernahme durch das Jobcenter usw.

Die Stadt begründet den Vertrag mit dem Eigentümer (nur 5 Sätze).

Die Wohnungen werden unrenoviert

übernommen, deshalb fallen keine Schönheitsreparaturen an, im Vertrag wird nur besenrein vereinbart.

Primär werden Flüchtlinge, kinderreiche Familien bzw. Rentnerinnen und Rentner untergebracht.

Die Mietanforderungen der Stadt werden mit ca. 32.200 Euro im Monat benannt und die Mieteinnahmen betragen rund 31.200 Euro. Durch Vermieterwechsel können 1.000 Euro Miese entstehen.

Im Ausschuss wurde den Anwesenden Fraktionsmitglieder dazu eine Power Point Präsentation gezeigt und noch viele Details erläutert.

Es wurde vereinbart, dass jetzt in den Fraktionen weiter beraten wird, die Unterlagen dafür wurden zur Verfügung gestellt damit die Grundlage für eine (positive) Entscheidung gegeben ist.

Marikka Tesar

Notwohnungen

Die DKP-Fraktion hatte eine Anfrage gestellt

1. Wie viele Notwohnungen gibt es derzeit in Reinheim?

2. Wie viele sind davon belegt?

3. Wie lange ist die durchschnittliche Dauer der Unterbringung in diesen Notunterkünften?

Bürgermeister Feick teilte in Beantwortung der Anfrage folgendes sinngemäß mit:

Zu Frage 1 und Frage 2:

Aktuell haben wir in folgenden Objekten Notunterkünfte

Obere Straße 14 zwei Wohnungen mit drei Plätzen zur Unterbringung – 1 Zimmer Frei

Obere Straße 16 drei Wohnungen mit sechs Plätzen zur Unterbringung – 1 Zimmer Frei

Martin-Niemöller Straße 54 eine Wohnung mit einem Platz – voll belegt

Steinstraße 13 eine Wohnung – voll belegt

Hofstraße 28 eine Wohnung – steht leer

Es sind aktuell sind insgesamt 15 Personen zur Vermeidung der Obdachlosigkeit noteingewiesen

Zu Frage 3:

Eine genaue Zahl der durchschnittlichen Unterbringungszeit in den Notunterkünften kann nicht geliefert werden. In der Regel sind die meisten Personen zwischen einem Monat und einem Jahr noteingewiesen, allerdings gibt es auch Langzeit Einweisungen von mehreren Jahren. Die meisten Personen in den Unterkünften sind suchtkrank und nur schwer in den Privaten Wohnungsmarkt vermittelbar.

Über
www.dkp-reinheim.de
erreichen Sie uns auf



Wohnungs-Frage

Wohnungs-Suchende

Die DKP-Fraktion hatte eine Anfrage eingebracht, die vom Bürgermeister beantwortet wurde.

Fragen:

1. Werden bei der Verwaltung Listen geführt über Menschen, die vorsprechen und eine Wohnung suchen?

2. Wenn JA: Wie viele solcher Wohnungen werden aktuell gesucht?

Bürgermeister Feick teilte in Beantwortung der Anfrage sinngemäß folgendes mit:

Zu 1)

Im Bereich öffentlich geförderter Wohnungen – Sozialwohnungen – unterstützen wir Wohnungssuchende in dem wir prüfen, ob die rechtlichen Voraussetzungen für einen Bindungsschein vorliegen. Liegen die Voraussetzungen vor, vermerken wir sie auf einer Anmeldeleiste für Sozialwohnungen.

Bei frei werdenden Sozialwohnungen der Wohnungsbaugesellschaften in Reinheim hat die Stadt bezüglich der

Nachvermietung ein Vorschlagsrecht.

Dies erfolgt in der Form, dass für eine freiwerdende Wohnung grundsätzlich mindestens 3 geeignete Nachmieter (aus der Anmeldeleiste für Sozialwohnungen) vorgeschlagen werden.

Der Abschluss bzw. die Kündigung von Mietverträgen erfolgt nach Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Die Vermittlung von Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt ist daher keine kommunale Aufgabe.

Bei den Beratungen im Sozialausschuss am 10.10.2019 zum Antrag der DKP-Fraktion „Vermiete doch an deine Stadt“ ist auch die Anzahl der Wohnungssuchenden (Stand 10.2019) kommuniziert worden.

Zu 2)

Derzeit (Stand: 21.01.2020) sind 46 Haushalte wohnungssuchend, davon 23 Alleinstehende. 11 Haushalte bewohnen aktuell eine Sozialwohnung.

Nicht zu vernachlässigen bei der Bewertung der Anzahl der Wohnungs-

suchenden ist folgender Sachverhalt: Wir bekommen regelmäßig von beiden Wohnbaugesellschaften die Rückmeldung, dass Bewerber auf Einladungen zu Wohnungsbesichtigungen gar nicht reagieren.

Es gibt Wohnungsbewerber, die bspw. kategorisch die Wohnadresse „Ziegelbusch“ ablehnen – gewünscht werden ortsnahe Wohnungen – oder die ausschließlich in Wohnungen „Am Schwimmbad“ möchten.

Damit schränken die Wohnungssuchenden durch eigene, persönliche Wünsche die Möglichkeit, eine neue Wohnung vermittelt zu bekommen, bereits ein.

Anmerkung von UNSER WEG:

Bei dem Projekt „Soziale Stadt“ war auch das Wohngebiet „Ziegelbusch“ für Wohnumfeld-Verbesserungen ins Auge gefasst worden. Aber die Parlaments-Mehrheit wollte das ganze Projekt nicht. Leider.

Wenn man sich nur mal den „Spielplatz“ dort betrachtet. Der verdient den Namen nicht.

Sterben wird teurer

Ein Sprichwort besagt: „Nichts ist im Leben umsonst, nur der Tod – und der kostet das Leben.“ Allerdings: Sterben wird teurer.

Bei der Diskussion um die Friedhofs-Gebühren wollte die DKP-Fraktion zumindest in einigen Punkten noch einmal Verbesserungen erreichen.

Die Nutzung der Trauerhalle (€ 330), die Beisetzung in der Urnenwand (€ 270), die Abräumung einer 2-stelligen Grabstätte (€ 1.300) und die Entsorgung sind nach unserer Auffassung viel zu teuer.

Orientiert an den Gebührensätzen von an-

deren Gemeinden hatte die DKP-Fraktion beantragt: Nutzung der Trauerhalle € 100; Beisetzung in der Urnenwand € 160; Grabräumung € 350.

Da half auch kein Hinweis und Appell an die SPD. Auf ihrem Erfurter Parteitag (1891) hatte sie einstmals u.a. gefordert: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.“

Parteitags-Forderung Schnee von gestern. Realität heute: Sterben wird teurer.

Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim

Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert,
Albrechtstr. 7, 64354 Reinheim (Ueberau),
Tel. 0 61 62 / 9173780

- Eigendruck -

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über Ihre
Solidaritäts-Spende.

UNSER-WEG-Konto
R. Grieger

IBAN: DE82 5085 2651 0075 1316 31

„Quer denken“ gegen Corona-Maßnahmen

Demonstrationen gegen die offizielle Corona-Politik und ihre Umsetzung haben wir inzwischen auch regelmäßig in der Nähe, siehe den Messplatz in Darmstadt. Die Demonstrationen hatten auch hier zuletzt nur noch eine schlechte Presse. Spätestens der versuchte „Sturm auf den Reichstag“ am 29. August in Berlin hat diese Art Aktionen in Misskredit gebracht. Allerdings wird zu klären sein: Wem war dieser geplante „Sturm auf den Reichstag“ seit wann bekannt? Und wie steht es bei solchen Ereignissen mit dem Verfassungsschutz und seinen V-Leuten? Eignet sich ein solcher Vorgang doch prächtig, um den gesamten Protest in den Dreck zu ziehen.

Doch dass neben der Regenbogen-Fahne vielfach Reichskriegs-Flaggen mitgeführt wurden, war manchem unerträglich. Viele Demonstranten störten sich mehr an Masken-Trägern als an Nazifahnen-Trägern. Als „kritischer“ und „freiheitsliebender“ Geist mit Nazis

(z.B. AfD-Höcke u.a.) demonstrieren? Das geht gar nicht.

Anlass zum Protest und zu misstrauischen Fragen, ob der offizielle Kurs der Weisheit letzter Schluss ist, gibt es allemal. Bei den vielen Milliarden EUR, die jetzt fließen dürfen fragen sich viele, die jetzt arbeitslos geworden sind oder in die Kurzarbeit fallen, Studierende oder Schüler, wo sie mit ihrer persönlichen Notlage bleiben. Wenn man genauer hinschaut, was bei den größeren „Hotspots“ passiert ist (z.B. in Göttingen, s. Kasten), stellt man fest, dass eben nicht Nachlässigkeit der Betroffenen das Problem war.

Geheimer Plan oder zu wenig Plan?

Verschörung nennt man es, wenn ein geheimer Plan verfolgt wird, um zum eigenen Vorteil unpopuläre Ziele zu erreichen. Dass bei vielen Anordnungen zu Corona die Sinnhaftigkeit nicht wirklich zu verstehen ist, ist für manche nur noch mit einem geheimen Plan zu erklären. Die

Propagandaschlachten um die Herkunft des Virus tragen auch nicht gerade zur Klarheit bei.

Aber wem bringen Corona oder der Lockdown überhaupt einen Vorteil, für den man ein derartiges Rad dreht?

Bekannt ist dagegen, dass es keine ausreichende Vorbereitung auf die Pandemie gab, wie von Fachleuten gefordert. Statt dessen wurde das Gesundheitswesen kaputt gespart und wie auch die Altenpflege „marktgerecht“ getrimmt. Dass man bei einem neuartigen Virus nicht jede Maßnahme durch eine langjährige Studie begründen kann, erklärt sicher einige über-vorsichtige Aktionen, aber nicht, dass gemessen an dem Anspruch „die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen“, nicht planvoll gehandelt wurde. Eher also ein Fall von „zu wenig Plan“, wobei das Ziel, die Börsenkurse und den „Standort Deutschland“ zu stützen je nach Tagesform zur Entscheidung vorwärts oder rückwärts führen.

LOCKDOWN – Nicht nochmal!

Buchbesprechung: eine „Streitschrift zur Sache“ von KLARtext e.V.

KLARtext ist seit vielen Jahren mit seinen Veröffentlichungen zu politischen und sozialen Themen bekannt, die gleichzeitig fachlich fundiert und gut lesbar sind, und nicht zuletzt immer auch einen klaren Standpunkt gegen Sozialabbau und Rassismus beziehen. In dieser neuesten Broschüre zum Thema „Corona“ beleuchtet KLARtext den Schlingerkurs, den die deutschen herrschende Politik gefahren ist: von den Defiziten im Gesundheitswesen, was die Vorbereitung auf eine Pandemie betrifft, über die Verharmlosung in den ersten Monaten, bis hin zu den panischen und überstürzten Lockdown-Aktionen in der Folge. Diese Aktionen und die dafür angeführten Begründungen, wie auch die zugehörige Begleitmusik in der Öffentlichkeit werden in der Broschüre nachverfolgt und überprüft. Was hat es auf sich mit dem „Killervirus“ Corona, mit der „Explosion“ der Infektionszahlen, den „vielen Toten in Italien“ und dem „Scheitern des schwedischen Weges“? In der Broschüre mit ihren 100 Seiten sind dazu die wichtigsten Fakten zusammengetragen, und es werden nicht zuletzt auch die richtigen Fragen gestellt.

Die größte Schwäche der Broschüre ist, dass sie gerade den „Lockdown“ so in den Vordergrund stellt. Sie stellt selbst fest, dass ihr die „Triebkräfte und Interessen“ hinter dem Lockdown Rätsel aufgeben. Richtig ist jedenfalls die Feststellung: „Der Schutz des Lebens und der Gesundheit ... von Menschen hat allenfalls eine untergeordnete Rolle bei der Verhängung des Lockdowns gespielt“.

Ebenso richtig ist aber auch, dass es gerade seitens des Kapitals die größten Widerstände gegen einen Lockdown gab und gibt, nicht zuletzt weil das „Wirtschaftsleben“, sprich die Börsenkurse darunter leiden. Inzwischen ist es schon wieder etwas leiser geworden um den Spruch „mit Wumms aus der Krise“, den Olaf Scholz, der neue Kanzlerkandidat mit dem „Wumms“, geprägt hat. Bleibt als Erklärung für den Lockdown das Ziel, die Krise möglichst schnell und rücksichtslos zu durchlaufen, und danach als europäischer Primus wieder Kasse zu machen.

Diesen Versuch muss man, Stand heute, wohl erst einmal als gescheitert ansehen, und

deswegen ist es fraglich, ob irgendjemand so bald einen neuen „großen“ Lockdown betreiben wird. Auf keinen Fall ist dagegen fraglich, dass die KLARtext-Broschüre hochaktuell und lesenswert ist. Die Broschüre hat 100 S. kostet 3 € im Handverkauf und 4,50 € im Versand. Infos zum Inhalt der Broschüre und Bestellungen über www.klartext-info.de



Der Corona-Ausbruch in Göttingen

Anfang Juni wurde in Göttingen in einem von 600 Menschen bewohnten Wohnblock ein Ausbruch von Corona festgestellt. Die Berichterstattung schoss sich schnell auf „Großfamilien aus dem Balkan“ ein, die sich nicht an die Auflagen gehalten hätten. Dann gab es ganz schnell Massentests, und die gesamte Wohnanlage wurde zeitweise in eine Quarantäne abgeriegelt – das führte dazu, dass es in den viel zu dicht belegten Wohnungen weitere Infektionen mit einem Todesfall gab.

Bewohner berichteten, dass sie die Behörden Wochen vorher auf Verstöße gegen die Corona-Auflagen aufmerksam gemacht hatten. Sie liefen damit ins Leere. Erst als der gesamten Region der Lockdown drohte, gab es dann die Reaktion mit dem Holzhammer.

Ist Klatschen wieder angesagt?

In vielen Städten und Kommunen steigen die Infektionszahlen durch „Corona“ aus verschiedenen Gründen erneut in bedenkliche Höhe. Einige dieser Hotspots wie z.B. Offenbach haben bereits erste Beschränkungen der zuletzt gelockerten Auflagen erlassen. Das ist für viele beängstigend und/oder ärgerlich.

Vor allem die viel beklatschten Pflegekräfte aus allen Bereichen dürften so langsam wieder ins Schwitzen kommen, was sicherlich nicht nur den sommerlichen Temperaturen geschuldet sein dürfte. Wenn steigende Zahlen zu mehr behandlungsnötigen Fällen führen, werden wohl die Belegzahlen der Intensivbetten ebenfalls wieder steigen.

Die Anfangs, auch von der Politik, so

viel gepriesenen Bonuszahlungen sind ja nicht ganz so ausgefallen, wie es am Anfang propagiert wurde. Nur die Kräfte in der Alten- und Tagespflege (u.ä.) bekommen eben diesen Bonus iHv 1.500,-€*. In Berlin, Niedersachsen und Thüringen ist es leider, mangels Länderzuschuss, nur ein Betrag von 1.000,-€*. (*Quelle: Webseite des Bundesgesundheitsministeriums, 24.08.2020)

Für Krankenhauspflegepersonal gibt es gar keinen. Sie verdienen ja viel mehr. Vielleicht beruhigt es die Krankenschwester oder den Krankenpfleger ja, wenn sie wissen:

Vielleicht wird bald wieder auf dem Balkon applaudiert. Wenigstens...

Ronald Steinbring

Erfreut über Bürgersteig-Ausbau

Timo Wörtge (DKP-Ortsbeirat in Ueberau) freut sich über den Ausbau der Bürgersteige in der Breubergstraße. Schließlich hatte er für die DKP-Fraktion die Erneuerung mit der Begründung beantragt:

„Viele Platten sind lose, Randsteine sind abgefahren. Der Zustand stellt eine Gefahr gerade auch für ältere Bürgerinnen und Bürger, die zum Friedhof gehen, dar.“

Gut, dass das jetzt gelöst ist.

Der politische Witz erzählt von Uli Verthein

Ein prominenter Politiker (hier, lieber Leser, können Sie gerne einen Favoriten ihrer Wahl einfügen) hat sein letztes Stündlein erlebt und seine Seele erreicht die Weggabelung zwischen Himmel und Hölle. Zu seiner Überraschung erfährt er, dass er nun durchaus ein Wahlrecht habe und sich vorher an beiden Orten umschauen dürfe.

Zuerst blickt er in das himmlische Paradies. Dort ist alles sehr gediegen. Engel schweben umher. Leis' erklingt Musik. Ein bisschen fad ist's schon. Nun folgt der Blick in die Hölle. Was er sieht, überrascht ihn sehr. An einem sonnigen Strand vor blauem Meer tummeln sich die Höllen-Bewohner zu heißen Rhythmen vor Cocktail-Bars, planschen im warmen Meer oder ruhen entspannt in Liegestühlen aus.

Eine Nacht bleibt ihm zur Entscheidung, er wählt die Hölle.

Abwärts geht's im Fahrstuhl und als sich die Tür öffnet, bleibt er schockiert stehen. Gepeinigte Seelen brüllen im heißen Fegefeuer. Nichts erinnert mehr an die Szene vom Vortag. Entsetzt schreit er zum wartenden Teufel: Gestern sah das hier doch noch ganz anders aus????!!

"Tja gestern", lacht der Teufel, "gestern, das war vor der Wahl!"



„Sparkasse soll zu Treffpunkt werden“ ...wenn es denn im Ort noch eine gibt!

In einem Bericht im Darmstädter Echo vom 07.02. 2020 stand unter der oben genannten Schlagzeile, die Sparkasse möchte Nachbarschaftsfilialen eröffnen, welche mit freundlicher Einrichtung zum netten Gespräch einladen. Dieses lobenswerte Konzept ist natürlich eine schicke Sache, wenn man z.B. in Dieburg wohnt. Was machen denn aber die netten Gesprächskunden der Sparkasse in einem kleinen Ort wie Spachbrücken oder Ueberau?

Die Schließungen von kleinen Filialen nehmen doch vor allem älteren Bürgern eher die Möglichkeit zu einem kleinen Plausch am Bankschalter, während man seine Überweisungen tätigt.

Die Bankautomaten in den automatisierten Servicepunkten sind ja hier eher wortkarg, die kleinen Räume, in dem diese Maschinen stehen, nicht gerade einladend konzipiert.

Es bleibt für viele Kunden der Banken eigentlich nur der Einstieg in den Bus oder ein kleiner Ausflug zu Fuß nach Reinheim um ein persönliches Gespräch



in einer Filiale zu führen. Natürlich ist, im Zeitalter von Onlinebanking, der Andrang nicht mehr so hoch wie früher. Aber auch mir würde gelegentlich ein netter Austausch in

einer „Nachbarschaftsfiliale“ im kleinen Ort guttun.

(Quelle: Bilanzbericht der Sparkasse Dieburg im Darmstädter Echo vom 07.02.2020) Roland Steinbring

Düsenjäger über Ueberau

Eigentlich sind die Menschen auf dem Land nicht so schreckhaft. Doch am 3. August 2020 gab es „Schrecksekunden“ für viele Ueberauer.

Was da passierte, vergisst man nicht so schnell:

An diesem ruhigen und schönen Nachmittag verweilten wir auf der Terrasse. Plötzlich über uns ein furchtbarer Donner, wie eine Explosion.

Ein Düsenjäger raste in geringer Höhe mit ohrenbetäubendem Lärm über die Häuser hinweg.

Alle zuckten zusammen, sprangen auf und brauchten eine ganze Weile um sich wieder zu sammeln.

Es gab über diesen Vorfall große Aufregung.

Als Mensch, der noch den Krieg erleben musste, fragt man nach der Sinnhaftigkeit solcher Aktionen.

Vorfälle dieser Art kann bei bestimmten



Foto: pixabay, Günter Lohmeyer

Personen zum Beispiel gesundheitliche Probleme bzw. Schäden nach sich ziehen. Da hilft auch keine Beschwichtigung des Luftfahrtamtes der Bundeswehr, wo es dann hieß, dass der Tiefflug angemeldet

gewesen wäre. Es stellt sich die Frage, bei wem? Wer hat davon gewusst? Allenfalls die „Oberen“. Auf die „Unteren“ braucht man keine Rücksicht zu nehmen.

Walter Eckert

Kommunalwahl 2021 – ein Ausblick

„Schon wieder Wahlen“ – seit der Kommunalwahl 2016 verging die Zeit wie im Fluge, und so langsam wird es Zeit darüber nachzudenken, wie es mit der linken Politik in Reinheim ab 2021 weiter gehen soll. Und natürlich: wer dabei aktiv dabei ist.

„Stabile Verhältnisse“ – das trifft auf jeden Fall auf die vierköpfige DKP-Fraktion im Reinheimer Stadtparlament zu. Bei den größeren Fraktionen gab es

seit 2016 viele Wechsel, nicht in der DKP. Mit weiteren Mitgliedern im Magistrat und zwei Ortsbeiräten sind wir immerhin noch ein paar mehr Aktive.

„Etwas frischer Wind könnte nicht schaden“ – denkt sich vielleicht der/die eine oder andere, wenn am Ende 5 Jahre lang immer die gleiche gute Handvoll von Leuten versucht, in der lokalen Politik etwas zu bewegen.

Die DKP sieht das ganz genau so. Aber

frischen Wind können nur „frische“ Leute bringen. Auf unserer Liste für 2021 wäre dafür eine Menge Platz. Auch und gerade für Leute, die sich weniger zum Redenschreiber oder Politstrategie berufen fühlen. Soziale Ungerechtigkeit und Stillstand bis Rückgang in der Umweltpolitik – in der Kommunalpolitik kann man gemeinsam dagegen aktiv werden. Und in Reinheim auch mit der DKP, das gibt's immerhin nicht überall.



Arno Grieger
Fraktionsvorsitzender



Friedrich Kammer
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender



Marikka Tesar
Stadtverordnete und Ortsbeirätin Reinheim



Walter Eckert
Stadtverordneter und Ortsvorsteher Ueberau



Renate Grieger
Stadträtin



Timo Wörtge
Ortsbeirat Ueberau



DKP will in den Kreistag

Die DKP beabsichtigt, bei der Kreistagswahl zu kandidieren. Das war das eindeutige Ergebnis einer stattgefundenen Beratung. Überlegungen, auf der Liste der Partei DIE LINKE zu kandidieren, wurden eine klare Absage erteilt. Erste Gespräche für die Kandidatensuche sind schon erfolgversprechend gelaufen. In den nächsten Wochen wird

es darauf ankommen, eine Liste mit möglichst 24 Kandidatinnen und Kandidaten zu erstellen. Die Mitgliedschaft in der DKP ist für eine Kandidatur keine Voraussetzung.

Die Kreistagswahl findet zeitgleich mit der Kommunalwahl am 21. März 2021 statt. Die DKP hat ganz realistische Chancen auf einen Einzug in den Kreistag.

Bei einem ordentlichen Ergebnis – wie in der Vergangenheit – reichen allein schon die Stimmen aus Reinheim und den Ortsteilen für den Einzug. Dann wird wieder eine kompetente, konsequente Stimme im Kreistag zu hören sein. Eine kommunistische Stimme. Eine wichtige Interessenvertretung.

Reinheims Partnerstadt Sanok in Polen und die LGBT-freien Zonen

Eine parlamentarische Anfrage der DKP und ein Antrag der CDU bewirkt Stellungnahmen des Partnerschaftsvereins in Reinheim.

Worum geht es?

Es geht um LGBT bzw. LSBTI freie Zonen in Polen, von denen mittlerweile immer mehr Menschen betroffen sind. Was verbirgt sich hinter LGBT?

Es geht um Menschen, die lesbisch, schwul, bisexuell oder transsexuell/transgender sind. Die Erklärung als LGBTfreie Zone wurde mittlerweile von über 80 Gemeinden oder Provinzen beschlossen. Ein solcher Beschluss hat zwar keine rechtliche Wirkung, führt aber dazu, dass diese Menschen ausgegrenzt, offen diskriminiert und vermehrt tötlich angegriffen werden.

Was hat das jetzt mit Sanok zu tun?

Reinheim ist Partnerstadt von Sanok und hat viele freundschaftliche Kontakte zu den Menschen dort. Da sich nicht alle Städte und Bezirke in Polen zu LGBT freien Zonen durch die Parlamente erklärt haben, wollte die DKP in einer Anfrage wissen, wie es sich in Sanok verhält.

Zeitgleich stellte die CDU für die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag, in dem ein „Dialog mit der polnischen Partnerstadt Sanok bezüglich „LSBTI-freien Zonen“ geführt werden sollte. Die Anfrage der DKP sowie auch der Antrag der CDU führten im Vorfeld zu Stellungnahmen des Reinheimer Partnerschaftsvereins.

Er teilte mit, dass er versucht die Frage zu beantworten, ob Sanok auch zur LGBT freien Zone gehört. Das ist lobenswert, jedoch hat am Abend der Stadtverord-

netenversammlung der Bürgermeister mitgeteilt, dass Sanok sich nicht zu dieser Zone erklärt hat. Bei Drucklegung von „Unser Weg“ hatten wir die schriftlichen Ausführungen des Bürgermeisters noch nicht vorliegen.

Ist damit jetzt alles gut?

In der Stadtverordnetenversammlung der Verlauf folgendermaßen: Nach der Antwort auf die DKP-Anfrage gab es eine kurze Unterbrechung der Sitzung und die CDU bekam das Recht, ihren Antrag zu begründen. Zur Diskussion kam es nicht mehr, da die CDU ihren Antrag zurückzog.

Wie sieht es jetzt mit dem geforderten Dialog aus?

Die DKP meint, gerade den Dialog müssen wir führen.

Es gibt u.a. die dringende Bitte von polnischen Betroffenen, dass gerade die Partnerstädte aus Deutschland diese Themen offen ansprechen sollen und die Diskussion mit den Partnerstädten darüber führen sollen.

In einem Interview bei „bento“ (das junge Magazin vom Spiegel) wurde am 19.2.2020 berichtet, dass ein junger Mann aus Sanok, der sich offen als schwul bezeichnet, das in der Öffentlichkeit kaum noch zeigen kann.. Auch er hat Angst. „Ich könnte nicht einfach so auf ein Date mit einem Mann gehen“, erzählt er. „Das war schon immer so, aber momentan fühlt es sich noch gefährlicher an.“ war im Artikel zu lesen.

Was meint der Partnerschaftsverein?

„Wir sollten die Kontakte zu Sanok mit viel Fingerspitzengefühl fortsetzen“ schreibt Reinhold Kegel als Vorsitzender der Partnerschaftsvereins. Er schreibt

auch über die „überwältigende Gastfreundschaft“ in Sanok.

Der Vorstand des Partnerschaftsvereins Reinheim gibt am 18.8.2020 zu Anfrage und Antrag im Stadtparlament zu dem Thema LSBTI eine Erklärung ab. Dabei wird berichtet, wie es beim Gegenbesuch (25-jähriges Partnerschaftsjubiläum) in Sanok war: „Mit dabei war auch unser früherer Bürgermeister Karl Hartmann, dessen Festrede mit stehenden Ovationen belohnt wurde. Der Vorstand des Partnerschaftsvereins hält es vor diesem Hintergrund nicht für angebracht, unsere polnischen Freunde mit erhobenem Zeigefinger zu ermahnen, wie in der Beschlussvorlage der CDU vorgesehen, „dass der Schutz der Grundrechte aller Menschen und damit auch von LSBTI die Grundlage einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Stadt Reinheim mit der Partnerstadt Sanok ist.“

Genau dieser Satz ist kein erhobener Zeigefinger, sondern zeigt den Betroffenen in Sanok, dass die Partnerstadt Reinheim solidarisch an ihrer Seite steht.

Renate Grieger

